

sident war keineswegs der einzige, den es gegen Blüm auf die Barrikaden trieb. Sosehr sich selbst politische Gegner vor allem von Blüms herausforderndem Auftritt gegenüber General *Pinochet* beeindruckt zeigten, so erbost war nicht nur die bayerische Schwesterpartei, sondern die „bürgerliche“ konservative unionsnahe Presse vom Bayernkurier über „Die Welt“ bis zur FAZ. Noch nach dem ZDF-Interview vom Sonntag, dem 9. August, an Straußens Ferienort in Südfrankreich, in dem der CSU-Vorsitzende *candide et simpliciter* erklärte, die 14 Mitglieder des linksrevolutionären MIR seien unter *Pinochet* zwar unfein behandelt worden, weil mit Gewalt erpreßt, aber deswegen seien die Geständnisse noch lange nicht falsch, meinte die FAZ in einem Kurzkomentar, die CDU hätte die Kritik an dieser Straußäußerung besser den Oppositionsparteien überlassen sollen. Und zweifellos gab es auch in Blüms eigener Partei Leute, die den Unterschied zwischen Geständnis und durch Folter erpreßtes Geständnis so „genau“ nahmen wie Strauß und die genannten Presseorgane, hätte die Parteileitung in Bonn nicht in stillschweigender Abstimmung mit wichtigen Sprechern des Parteivorstandes entsprechend vorgesorgt. Wenn Blüm in dem Zusammenhang etwas zu verdanken ist, dann daß durch die Reaktionen auf seine Chile-Äußerung klar geworden ist, wie *unsensibel* konservatives Ordnungsdenken bei Menschenrechtsverletzungen ist, jedenfalls wenn solche Verletzungen von Systemen und Leuten begangen werden, denen man sich ideologisch verwandt fühlt. Es ist zu hoffen, daß der damit eingeleitete Klärungsprozeß wenigstens innerhalb der Union und auch im einen oder anderen katholischen Verband weitergeht.

Blüms Auftritt hätte freilich kaum solches Aufsehen erregt, wäre er nicht von *Heiner Geißler* mit scharfem parteistrategischem Einsatz begleitet worden und hätte es – bereits Wochen zurückliegend – nicht jene dem Bundesvorstand der CDU an Fronleichnam in strategischer Absicht von *Geißler* vorgetragene *Wablanalyse* mit *Gerold Tandlers* CSU-„Gegenanalyse“

über Lagertheorie, Partei der Mitte, Stammwähler und neue Mittelschichten nicht gegeben. Blüms Menschenrechtseinsatz in Chile wurde so un schwer als Exemplifizierung einer modifizierten Parteistrategie als Antwort auf die hohen CDU-Verluste bei Bundes- und Landtagswahlen erkannt: von der CDU dazu ausersehen, sich im Blick auf kommende Wahlen rechtzeitig von der CSU-Führung und den von ihr gestützten Richtungen abzusetzen, um sich nicht noch einmal wie bei der außenpolitischen Debatte im Vorfeld der letzten Bundestagswahl von Strauß und seinen Mitstreitern taktisch überfahren zu lassen. Denn die CDU kann kaum mit Bodengewinn bei Bürgerlich-Liberalen und sozial sensiblen Wechselwählern rechnen, gelingt es ihr nicht, in der Menschenrechtspolitik, aber auch in den Fragen innerstaatlicher Freiheitlichkeit endlich vom Image einer streng konservativ-nationalen Ordnungspartei, wie sie von der CSU-Führung mehr noch propagandistisch als in sich selbst verkörpert wird, wegzukommen.

Daß Menschenrechtsfragen auf diese Weise instrumentalisiert werden, ver trägt sich schlecht mit dem „C“ in der Partei. Aber anders als durch solche *Exemplifizierungen* wie im Fall der 14 von Todesurteilen bedrohten Chilenen läßt sich gegenwärtig selbst innerhalb der CDU die nötige Klärung nicht durchführen. Und dann bleibt immer noch der Interessen- und Standortgegensatz zwischen CDU und CSU, von dem man nicht sieht, wie er sich ohne Modifizierung der Formationen auflösen soll. se

## Pläne

*Zum Projekt eines katholischen Instituts für Philosophie in Hannover*

Anfang August ging es durch die Presse. Gesprochen wurde schon früher darüber. In Hannover soll ein „katholisches Institut für Philoso-

phie“ entstehen: keine der Universität angeschlossene Einrichtung, auch keine Philosophische Hochschule wie beispielsweise die der Jesuiten in München, sondern ein von den universitären Strukturen unabhängiges, von der katholischen Kirche bzw. der Diözese Hildesheim getragenes Forschungsinstitut, in der ihm zugedachten Arbeitsweise am ehesten vergleichbar den Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde der Plan durch eine Anfrage der SPD im niedersächsischen Landtag bekannt, die wissen wollte, ob es zutrefte, daß die Landesregierung sich mit 80 Prozent an den Personalkosten der geplanten Einrichtung beteiligen wolle. Der zuständige Wissenschaftsminister äußerte sich zurückhaltend. Es sei noch keine Entscheidung gefallen, und wenn eine getroffen werde, würde dies nicht am Landtag vorbei geschehen. Die Hoffnungen, daß das Land Niedersachsen sich an einer Neugründung beteiligen würde, beruhen offensichtlich auf Gesprächen des Bischofs von Hildesheim, *Josef Homeyer*, mit Ministerpräsident *Ernst Albrecht*.

Der von Homeyer im Frühjahr 1985 berufene Gründungsausschuß unter dem Vorsitz des im katholischen Bereich vielfältig gutachterlich tätigen und vor allem in ethischen Grundsatzfragen exponierten Münchner Philosophen *Robert Spaemann* erarbeitete eine *Denkschrift*. In ihr wird das Gründungsziel des Instituts verdeutlicht: Dieses soll der Kirche in Gesprächen mit der Philosophie und den Wissenschaften Orientierungshilfe leisten, Defizite in der philosophischen Grundlagenforschung ausgleichen und aktuelle Fragen der pluralistischen Öffentlichkeit philosophisch begleiten und vertiefen.

Von der Finanzierung abgesehen, scheint die Planung bereits recht weit gediehen zu sein. Als mögliche Leiter des Instituts, das etwa zwei Dutzend Mitarbeiter umfassen soll, wurden von mehreren Zeitungen die Namen des Spaemann-Schülers *Reinhard Löw* und des an der (Anthroposophen-nahen) Universität Witten-Herdecke dozierenden *Peter Koslowski* genannt.